

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundsätze in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pul, amtlich 1 mm
30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangswiseiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Kleindittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 262

Montag, den 10. November 1930

82. Jahrgang

Wahltag in Oesterreich

Die Demokratische Partei aufgelöst — Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei
Der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie

Wien. Der Wahlsonntag ist in ganz Oesterreich auf-
fällig ruhig verlaufen. Soweit bis Sonntag abend Meldungen
vorlagen, ist es nirgends zu Zwischenfällen gekommen. In
den verschiedenen Städten, vor allem aber in Wien, zeigten
daher die Straßen das übliche sonntägliche ruhige Bild. Die
Wahlbeteiligung war in Wien ziemlich groß.

Aus den ersten Wahlergebnissen ergab sich Sonntag
abend ungefähr folgendes Bild: Von seiten des Schober-
Blods wurde erklärt, daß in verschiedenen Wiener Bezirken
die Ergebnisse für den Schober-Block unerwartet günstig
seien. In Borsarlberg sei ebenfalls das Ergebnis für den
Schober-Block nicht ungünstig. Mit ziemlicher Sicherheit
ließ sich schon Sonntag abend ein etwa

zehnprozentiger Stimmenverlust der Sozialdemokraten
verzeichnen. Nach Mitteilungen aus christlich-sozialen Kreisen
sind in Kärnten die Ergebnisse für diese Partei überraschend
günstig, schlecht hingegen für den Schober-Block und den
Heimat-Block. In Steiermark wurden aus den großen Ge-
meinden sehr gute Resultate des Heimatblocks und Stim-
menverluste der Sozialdemokratie gemeldet; in den kleineren
Gemeinden läßt sich ein Ansteigen der christlich-sozialen
Stimmen feststellen. Aus Oesterreich lagen Sonntag
abend nur Ergebnisse aus dem Wahlviertel vor, dem Wohn-
ort des Fürsten Starhemberg. Dort sind die Ergeb-
nisse für den Heimatblock sehr günstig. Im niederösterreich-
schen Industrieviertel von Wiener-Neustadt und Umgebung
scheinen nach den bisherigen Ergebnissen die Sozialdemo-
kraten einen Stimmenverlust von 10 bis 20 Prozent zu er-
leiden. In anderen Bezirken Niederösterreichs halten sie
jedoch ihre Stimmen. Ein Stimmengewinn der Sozialdemo-
kraten ist bisher von keiner Seite gemeldet worden.

Die österreichischen Nationalratswahlen.

Die ersten Ergebnisse.

Tirol: Christlich-Soziale 4 (bisher 5), Schober-Block
1, Sozialdemokraten 1 oder 2 Mandate. Ein bis zwei
Mandate fallen auf die Reststimmen.

Vorarlberg: Schober-Block 1, Christlich-Soziale 2,
Sozialdemokraten 1 Mandat.

Die Gewählten.

In den neuen Nationalrat werden u. a. einziehen:
Altbundeskanzler Schober, Außenminister Seipel, Für-
zorgeminister Schmitz, Handelsminister Heindl sowie von
den Sozialdemokraten Bauer und der Kommandant des
Republikanischen Schutzbundes Dr. Deutsch.

Nicht gewählt wurde der 2. Bundesführer der Heim-
wehren Dr. Steidle, wie auch die Nationalsozialisten
trotz Stimmengewinn kein einziges Mandat erhalten.

Die Demokratische Partei aufgelöst.

Hannover. Der Reichsparteitag der Deut-
schen Demokratischen Partei nahm am Sonnabend
nach mehrstündiger Aussprache folgende Anträge des Partei-
vorstandes an: 1. Die Deutsche Demokratische Partei wird
aufgelöst. 2. Das Vermögen wird als Ganzes auf die Deutsche
Staatspartei übertragen. 3. Den Organisationen wird emp-
fohlen, sich insgesamt der Deutschen Staatspartei anzuschließen.
— Von den anwesenden 334 Delegierten stimmten
nur 16 gegen diesen Antrag.

Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei.

Hannover. Nachdem die Deutsche Demokratische Partei
am Sonnabend ihre Auflösung beschlossen hat, fand am
Sonntag in der Stadthalle in Hannover unter dem
Voritz des Finanzministers Dr. Höpfer-Ushoff der
Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei statt. Nach
Entsendung eines Begrüßungsgramms des Parteitag-
es an Reichspräsident von Hindenburg erläuterte Reichsfinanz-
minister Dr. Dietrich die Aufgaben der Deutschen Staats-
partei.

In der Schlußsitzung des Gründungstages der Deutschen
Staatspartei wurde zur Beschlußfassung über die Satzungen
geschritten und dem vorliegenden Entwurf zugestimmt.

Dietrich Vorsitzender der Staatspartei.

In der Schlußsitzung des Gründungsparteitages der
Deutschen Staatspartei wurde zum ersten Vorsitzenden

mit allen gegen 22 Stimmen Reichsfinanzminister
Hermann Dietrich gewählt, während dem übrigen Vor-
stand angehören: Dr. Gertrud Bäumer, Oberschulrat
Emmy Beckmann, Dr. Hermann Fischer, Prof. Giese,
Prof. Heuß, Finanzminister Dr. Höpfer-Ushoff, Dr. Hel-
mut Jäger, Dr. Marie Elisabeth Lüder, Dr. Hermann
Schäfer, Gustav Schneider, Dr. Winichuh. Dr. Weber und
Dr. Fall.

Prof. Dr. Obst, Hannover, sprach anschließend über
das außenpolitische Programm der Staatspartei. Gerade
zum Wesen der jüngeren Generation gehöre es bei aller
Wertung der furchtbaren wirtschaftlichen Not eines noch
höher zu stellen:

Die deutsche Ehre.

Der Trud der unerträglichen wirtschaftlichen Not werde
sich nur beheben lassen, wenn an die Spitze des außen-
politischen Programms der zielbewußte Kampf für of-
fizielle Zurücknahme der Lüge von der Alleinschuld
Deutschlands am Weltkrieg gestellt werde. Redner for-
derte ferner:

Rückertung sämtlicher deutscher Schutzgebiete in
übersee, grundsätzliche Beseitigung jedweder Repara-
tionsverpflichtung, dafür Neufestsetzung der insgesamt
an Amerika zu zahlenden reinen Kriegsschulden und deren
Aufteilung unter alle am Weltkrieg beteiligten Staaten,
Rückgabe des Weichselkorridors an Deutschland, einschließ-
lich Wiedervereinigung mit Danzig, Rückgabe des Memel-
gebietes, neue und endgültige Festlegung der deutsch-
polnischen Grenze von Westpreußen bis Oberschlesien
durch unbeeinflusste Abstimmung.

Die Durchpeitschung der Steuergesetze im Reichsrat.

Erste Fühlungnahme des Reichskanzlers mit den Partei-
führern.

Der Reichskanzler und der Reichsfinanz-
minister haben im Laufe der vergangenen Woche in den
Ausschüssen des Reichsrates einen erheblichen Teil der Ge-
setzesvorlagen zur Durchführung des Finanzprogramms des
Reichskabinetts und auch bereits einzelne Etats durchgesetzt.
Dabei sind die Gesetzesvorlagen zum Teil erheblich verändert,
vor allem die Vorlage über die Labaksteuer, die
nicht mehr eine Erhöhung des Zolls von 80 auf 400 Mark,
sondern nur von 80 auf 200 Mark, dabei aber eine Erhöhung
der Bänderolsteuer für Zigaretten und Zigarren vorsieht.
Obwohl die Belastung der Zigaretten und Zigarren beträch-
tlich ist, glaubt die Regierung doch, daß eine Verringerung des
Abfahes nicht eintritt.

Der Reichskanzler hat inzwischen, da er die Sicherheit
hat, daß

der Reichsrat am 20. November die gesamten 28 Ge-
setzesvorlagen und den gesamten Etat annimmt,

darunter auch einige Gesetze mit der notwendigen verfassungs-
ändernden Mehrheit, die erste Fühlung mit den
Partei Führern genommen. Der Reichskanzler ist da-
bei von der Auffassung ausgegangen, daß es möglich wäre,
daß im Reichstag im Dezember ebenso wie im Reichsrat mit
äußerster Beschleunigung alle Gesetze und der gesamte Etat in
allen drei Lesungen erledigt werden.

Der Reichskanzler wird zunächst auf parlamentarischem
Wege zu verhandeln versuchen, immer unter dem Vorbe-
halt des Systems der Notverordnungen.

Eine Kürzung der Beamtengehälter ab 1. Ja-
nuar kommt jetzt nur noch in Betracht, wenn die Kassenlage
des Reichs sich erheblich verschlechtert sollte, was sich noch
nicht übersehen läßt.

Die neue Krisenfürsorge in Kraft

Die Uebergangsbestimmungen

Am 3. November ds. J. tritt die Verordnung über
die Neuregelung der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930
in Kraft. Arbeitslose dürfen danach zur Krisenunterstützung
neu nur dann zugelassen werden, wenn sie nach dem In-
krafttreten dieser Verordnung ausgeteert werden. Um zu
verhindern, daß sich die erfolgte Abfözung der Unterstützungs-
höchstdauer von 32 oder 45 Wochen bereits in den bevor-

Das Wichtigste

Das Sonderschiedsgericht für den Konflikt in der Berliner Metall-
industrie hat am Sonnabend seinen Schiedspruch gefällt, der
eine Lohnkürzung vom 17. November 1930 bis 18. Januar 1931
um 3 v. H. und vom 19. Januar bis 31. Juni 1931 um weitere
3 bzw. 5 v. H. vorsieht. Der Schiedspruch ist einstimmig gefaßt
worden.

In der Begründung zum Berliner Metallarbeiter-Schiedspruch haben
die Schlichter hervor, daß sie sich der grundsätzlichen Bedeutung des
Streitfalles bewußt seien und daß nunmehr eine Preisentung werde
folgen müssen.

Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei beschloß die
Selbstausslösung der Partei und den Anschluß an die Deutsche
Staatspartei. Am Sonntag fand der Gründungsparteitag der
Deutschen Staatspartei statt.

stehenden letzten Monaten des Jahres und an demselben
Termin auswirkt, gilt nach den Uebergangsbestimmungen
die alte Unterstützungshöchstdauer von 39 oder 52 Wochen
zunächst bis zum 10. Januar 1931 fort. Erst von diesem
Tage ab tritt die verkürzte Dauer praktisch in Wirksamkeit.
Arbeitslose, die an diesem Tage noch in der Unterstützung
sind und ihre neue Unterstützungshöchstdauer von 32 oder
45 Wochen erreicht oder überschritten haben, müssen am
17. bzw. 25. Januar ausscheiden. Wer am 10. Januar
noch nicht 32 oder 45 Wochen in Unterstützung war, kann
bis zur Erreichung dieser Höchstgrenze, also auch über den
17. bis 24. Januar hinaus, in der Unterstützung bleiben.
Arbeitslose mit kurzer Anwartschaftszeit können vom 3. No-
vember 1930 ab nicht mehr neu zur Krisenfürsorge zuge-
lassen werden. Befinden sie sich jedoch am 3. November in
Unterstützung, so können sie längstens bis zum 28. März 1931
in der Krisenfürsorge verbleiben. Wie lange der einzelne
Unterstützte in der Fürsorge bleibt, richtet sich nach dem
Einzelfall. Bis zum 10. Januar 1931 besteht also auch
für sie die alte Bezugshöchstdauer von 39 oder 52 Wochen.
Wer von ihnen am 10. Januar 1931 die neue Dauer von
32 oder 45 Wochen erreicht oder überschritten hat, scheidet
am 17. bzw. 24. Januar aus. Wer aber zum Beispiel seit
23. Juni 1930 Unterstützung bezieht, kann bis zum 31. Ja-
nuar 1931 in der Fürsorge bleiben, wenn es sich um einen
noch nicht 40 Jahre alten Arbeitslosen handelt. Für einen
über 40 Jahre alten Arbeitslosen würde die Unterstützung
erst nach 45 Wochen, also am 2. Mai 1931 enden, tatsäch-
lich endet sie aber schon am 28. März 1931, da Personen
mit kurzer Anwartschaft nach diesem Termin nicht mehr Kri-
senunterstützung erhalten können.

Der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie.

3. bis 8prozentige Lohnkürzung.

Das Sonderschiedsgericht für den Konflikt in der Ber-
liner Metallindustrie hat folgenden endgültigen Schiedspruch
gefällt. 1. Der zur Zeit geltende Lohnsatz bleibt bis
16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft. 2. Die bisherigen
Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis ein-
schließlich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um 3 v. H. ge-
kürzt. 3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern
sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindest-
löhne um weitere 3 v. H. für männliche und weibliche Jugend-
liche unter 18 Jahren und um weitere 5 v. H. für alle übrigen
Gruppen. 4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar
erstmals zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931
fällt. Der Spruch ist unterzeichnet von den Schlichtern:
Dr. Brauns, Dr. Jarres, Professor Dr. Singheimer.

Die Begründung des zweifellos für eine ganze
Reihe von Betrieben als Beispiel gebend zu wertenden
Schiedspruches geht zunächst kurz auf die allgemeine Krisen-
lage ein und bezeichnet eine wirksame Preisent-
ung auf allen Gebieten als notwendig. Wenn
diese, so heißt es weiter, auch nicht allein von der Lohnseite
her geschehen darf, so ist das Lohnkonto doch ein wichtiger
Bestandteil. Die Schlichter haben erwogen, ob nicht die
Lohnentung in eine feste Beziehung zur Entwicklung der
Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, gebracht werden
sollte. Die Verwirklichung dieses Gedankens scheiterte indes
an der Unmöglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchfüh-
rung. Wenn gleichwohl die Schlichter eine Lohnentung für
unvermeidlich hielten, so geschah es in Kenntnis gewisser
bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Sentung der Lebens-
mittelpreise und in der sicheren Erwartung, daß die allgemeine
Herabsetzung der Preise der gewerblichen Produkte sowohl
als auch der Lebensmittel von allen verantwortlichen Stellen
mit größter Energie auch weiter verfolgt wird.

